

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Das Tagesblatt durch unsern Verleger...
Preis: 1.00 Mark monatlich...
Telegraphische Anzeiger...
Telegraphische Anzeiger...

Das Tagesblatt durch unsern Verleger...
Preis: 1.00 Mark monatlich...
Telegraphische Anzeiger...
Telegraphische Anzeiger...

Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1440

Nr. 263

Sonnabend, den 11. November 1922

17. Jahrgang

Die Sachverständigen gegen Reparationen.

Der Reichsregierung ist nunmehr auch das letzte Gutachten der internationalen Sachverständigen zugegangen, das von den drei Bankiers Bissinger (Holland), Kuboss (Schweiz) und Kamensk (Russland) unterzeichnet ist. Die Sachverständigen erklären, daß eine dauernde Stabilisierung der Mark so lange nicht zu erreichen sein wird, als die gegenwärtige Papiergeldinflation besteht und die deutsche Zahlungsbilanz infolge der Kapitalflucht, des verlorenen Vertrauens zur Mark und der Reparationen passiv bleibt. Das Budget des Reiches muß tatsächlich ausgeglichen werden; Reparationszahlungen dürfen im Etat nicht enthalten sein.

Das Defizit der deutschen Zahlungsbilanz erklären die Sachverständigen einerseits aus den Import- und Exportverhältnissen, andererseits aus der Kapitalflucht und den Reparationszahlungen. Ohne eine Steigerung der Ausfuhr erscheint ein Ausgleich der Zahlungsbilanz nicht möglich. Die gegenwärtige abnorme hohe Einfuhr nach Deutschland wird durch die Flucht der deutschen Markbesitzer in fremde Waren erklärt. Daneben erkennen die Sachverständigen an, daß Deutschland infolge des Friedensvertrages gezwungen ist, die Einfuhr gewisser Luxuswaren zu gestatten. Durch das besetzte Gebiet, das sogenannte West im Westen, wird die Kontrolle der Einfuhr sehr erschwert. Schließlich muß Deutschland zu seiner Ernährung infolge der diesjährigen Missernte mehr Getreide einführen, und es muß fremde Kohlen einführen, während die eigenen zu Reparationen hergegeben werden müssen.

Die Sachverständigen halten jede Stabilisierung für vollkommen zwecklos, wenn nicht für Reparationszahlungen ein Moratorium eintritt, solange, bis das Gleichgewicht der deutschen Finanzen gesichert ist. Anzustreben wäre eine neue Goldmark, doch wird man praktisch, auch auf eine kleinere Rechnungseinheit eingehen, die am besten einen runden Teilbetrag der englischen oder amerikanischen Währung, etwa 1/4 Schilling oder ein Schutzel Dollar ausmacht. Diese Einheit soll die neue Goldmark genannt werden. Zur Durchführung der Stabilisierung der Mark wird die Schaffung einer selbstständigen Organisation mit juristischer Persönlichkeit vorgeschlagen, beispielsweise eine Aktiengesellschaft mit dem Namen „Goldbank“ mit einem Grundkapital von 100 Millionen Goldmark, die von der Reichsbank in Gold einzuzahlen wären, wobei die Reichsbank Aktien des neuen Instituts erhielte. Ein größerer ausländischer Kredit, etwa 500 Millionen Goldmark, wäre zur Stabilisierung unerlässlich.

Das Gutachten der Sachverständigen beschäftigt sich dann noch mit Einzelheiten der zu schaffenden Voraussetzungen. Für die Balancierung des deutschen Budgets wird es sich in erster Linie um eine Herabsetzung der Ausgaben handeln. Die Reparationszahlungen dürften nach dem Gutachten der Sachverständigen nur aus den Ueberschüssen des Budgets bestritten werden, andernfalls würden sie nur zu neuen Inflationen führen. Auf die Dauer wird die Stabilisierung der Mark nur bei einer endgültigen Regelung der Reparationen erfolgen können.

Die Repko abgereist.

Die Mitglieder der Reparationskommission sind nach Paris abgereist.

Zum Abschluß der Berliner Konferenzen.

Die Beratungen der Reparationskommission sind abgeschlossen. Die Kommission wird erst in Paris die in dem letzten Schreiben der Reichsregierung enthaltenen Vorschläge einer Prüfung unterziehen. Die Kommission von internationalen Sachverständigen hat ebenfalls ihre Arbeit beendet. Nachdem Gassel und Keynes sich schon am Mittwoch verabschiedet haben, hat der Reichskanzler Donnerstag mittig Brand, Kuboss, Jents, Kamensk und Bissinger zu einem Abschiedsbesuch empfangen. Der Reichskanzler hat den Herren den aufrichtigen und warmen Dank der Reichsregierung und des deutschen Volkes für die Bereitwilligkeit ausgesprochen, mit der sie dem Rufe Folge leisteten.

In der letzten Sitzung der Parteiführer machte der Reichskanzler Ausführungen über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit der Reparationskommission. Dabei betonte er ausdrücklich, daß auch die letzte Note der Reichsregierung die einmütige Auffassung des Reichskabinetts darstelle. Er erklärte es weiter für notwendig, deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß die Forderung der Stabilisierung der Mark der Gedanke der deutschen Politik sei. Auch die Reichsbank werde zur Erreichung dieses Zieles tatkräftig mitwirken. An die Darlegungen des

Reichskanzlers schloß sich eine kurze Aussprache an, deren Verlauf laut „Vorwärts“ von sozialdemokratischer Seite die Zustimmung zu der Note erklärt und es als dringend erforderlich bezeichnet wurde, daß die dauernde Initiative in der Währungs politik jetzt bei der deutschen Regierung liegen müsse.

Vor einer Regierungskrise.

Wie verlautet, besteht die Deutsche Volkspartei auf einer Umbildung der Regierung angesichts der Verhandlungen mit der Reparationskommission. Bereits in der nächsten Woche soll ein Vorstoß gegen die Regierung im Reichstage unternommen werden. Die Verhältnisse haben sich in den letzten Tagen insofern zugespitzt, als die Sozialdemokraten einen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung ablehnen und ein Teil des Zentrums sie unterstützt. Die Demokraten sind der Ansicht, daß eine Ausschaltung der Deutschen Volkspartei augenblicklich unklug sei. Man wird bald mit heftigen Kämpfen rechnen müssen, da auch das Kabinett trotz aller Ablehnungen zwei Strömungen hat. Dr. Wirth soll bei den letzten Parteiführerbesprechungen mit einer Auflösung des Reichstages gedroht haben, falls er für seine Reparationspläne keine Mehrheit findet. Seine Widersacher versichern deshalb, die Regierung bei den nächsten Reichstagsdebatten zu sprengen und Dr. Wirth zu stürzen. Die Deutschnationalen Volkspartei wird allem Anschein nach die Bestrebungen auf Regierungsumbildung unterstützen. Sie hat zunächst eine Anfrage eingebracht, die Aufklärung über die angelegten Attentatspläne gegen Wirth verlangt, nachdem festgestellt, daß die Untersuchungen Belastendes gegen niemand ergeben haben.

Der neue bayerische Ministerpräsident Dr. v. Knilling.

Der am Mittwoch mit 86 von 143 Stimmen bei 64 Stimmenthaltenen und 3 verpöhlerten Stimmen nach vorausgegangenem heftigen Kampfe zwischen der Bayerischen Mittelpartei und der Bayerischen Volkspartei durch den Vandalen gewählt wurde, hat bereits sein Regierungsprogramm entwickelt. Es ist bei der innerpolitisch schwierigen Stellung des neuen Mannes viel farbiger ausgefallen, als man es nach den Vorgängen der letzten Zeit von dem Führer der Bayerischen Volkspartei erwartet hatte. Immerhin ergibt sich, daß auch die neue Regierung, die vorläufig nur im Handelsministerium eine andere Besetzung als die frühere aufweisen soll, zunächst nach den alten Rezepten weiter regieren wird. Die Reichstreue Bayerns soll nach Herrn v. Knilling zwar nicht angezweifelt werden dürfen, aber die Rückkehr zum bedrückten bundesstaatlichen Verhältnis wurde doch mit besonderer Freudigkeit von ihm gefordert. Gegen etwa erneute Eingriffe des Reiches in die bayerische Justiz- und Polizeisphäre machte er sich unter dem lebhaften Beifall seiner Parteifreunde hart und erklärte bezüglich der Reichspolitik, daß die Erfüllungspolitik täglich zusammengebrochen sei. Der Ministerpräsident verließ auf das Schiebepult, das unsere Wirklichkeit bis ins Mark erschüttere, auf das Wettrennen zwischen Lohnaufbesserung und Teuerung, das die trügerische Scheinblüte der Industrie und den Niedergang des Landes. Die letzten Ursachen dafür lägen in wirtschaftlichen Zusammenhängen und vor allem in den unerlöschlichen Lasten des ungelungen Friedensvertrages. Deshalb sei die Regierung eines Einzelstaates bei bestem Willen auch außerstande, durchgreifende Abhilfe zu schaffen.

Sturmtrupp der Nationalsozialisten.

In einer Versammlung der Münchener Nationalsozialisten forderte, wie die Telegraphen-Union berichtet, deren Führer Hitler die Versammelten auf, sich zu einer nationalsozialistischen Sturmtruppe zu melden. Doch sollten sie nur solche melden, die geborsam sein wollen und bereit seien, wenn es sein müsse, auch in den Tod zu gehen. In die Versammlung schloß sich dann eine besondere Versammlung der Sturmtruppe an, in der Hitler eine Ansprache hielt.

Der 9. November, der als kritisch galt, ist in München ruhig verlaufen. Der rechtsseitige Alarm hat seinen Zweck verfehlt.

Warnungstrupp der Verfassungsparteien.

Die demokratische Landtagsfraktion ist beim Ministerpräsidenten, dem Ministerium des Innern und beim Volksrechtshilfswort vorstellig geworden, um auf die drohenden Gefahren hinzuweisen, die aus der nationalsozialistischen Bewegung für die öffentliche Ruhe und Ordnung erwachsen. Die Fraktion hat hierbei von

der Regierung Auskunft verlangt, welche Mittel sie gegenüber dieser Gefahr anzuwenden gedenke. Gleichgültig hat sie Ausschluß geordert aber die passiven und passiv teil aktive Unterstützung, die gewisse staatliche Organe den nationalsozialistischen Kreisen entgegengebracht haben. Auch die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei ist beim Ministerpräsidenten in dieser Beziehung vorstellig geworden. In den Kreisen der Bayerischen Volkspartei sollen ebenfalls Gegenmaßnahmen erwogen werden.

Zehnpromille Steuerabzug bis 250 000 Mark für 1922.

Der Reichsrat nahm eine von der Regierung eingebrachte Novelle zum Einkommensteuergesetz an, die einschneidende Veränderungen für das Jahr 1922 mit sich bringt. Die jetzige Grenze des steuerbaren Einkommens, bei der nur 10 Prozent zu erheben sind, wird auf das Vierfache erhöht. Es sind also zu zahlen:

- Bei einem steuerbaren Einkommen bis 400 000 M. 10 Prozent,
- bei weiteren 200 000 M. 15 Prozent,
- bei weiteren 200 000 M. 20 Prozent,
- bei weiteren 800 000 M. 30 Prozent,
- bei weiteren 800 000 M. 35 Prozent,
- nachmalig weiteren 800 000 M. 40 Prozent,
- bei weiteren 800 000 M. 45 Prozent,
- bei weiteren 400 000 M. 50 Prozent,
- bei weiteren 400 000 M. 55 Prozent, und
- für alle höheren Beträge 60 Prozent.

Die allgemeine Einkommensteuer ermäßigt sich um je 2400 Mark für den Steuerpflichtigen und dessen Frau, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 400 000 Mark beträgt, und um je 4800 Mark für minderjährige Kinder. Außerdem sind besondere Ermäßigungen für Steuerpflichtige über 60 Jahre vorgesehen, deren Einkommen 200 000 Mark nicht überschreitet. Bezüglich der Lohnsteuer betragen die Abzüge für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau bei monatlicher Lohnzahlung je 200 Mark, bei wöchentlich je 48 M. und bei täglicher Bezahlung je 8 Mark, für jedes Kind 60 M. zum Alter von 17 Jahren je 400 Mark monatlich, 98 Mark wöchentlich oder 18 Mark täglich. In Werbungskosten dürfen für 1922 abgezogen werden bei monatlicher Lohnzahlung 450 Mark, bei wöchentlich 108 Mark und bei täglicher 18 Mark.

Für das Jahr 1922

ist in der Regierungsvorlage lediglich der allgemeine Steuertarif etwas ermäßigt worden. Der Betrag, der zu dem die Steuer nur 10 Prozent beträgt, ist von 100 000 auf 250 000 Mark erhöht worden. Die Einkommensteuer beträgt danach bei einem steuerbaren Einkommen bis 250 000 Mark 10 Prozent, bei weiteren 125 000 Mark 15 Prozent, bei weiteren 125 000 Mark 20 Prozent, bei nochmaligen 125 000 Mark 25 Prozent, bei weiteren 875 000 Mark 30 Prozent, bei weiteren 500 000 Mark 35 Prozent, bei weiteren 500 000 Mark 40 Prozent, bei nochmaligen 500 000 Mark 45 Prozent, bei weiteren 1 000 000 Mark 50 Prozent, bei nochmaligen 250 000 Mark 55 Prozent und bei weiteren Beträgen 60 Prozent. Die Abzüge von der allgemeinen Einkommensteuer für 1922 betragen je 840 Mark monatlich für den Mann und die Ehefrau und je 810 Mark für jedes Kind. Mit der Erhöhung dieser Abzüge soll ein Ausgleich dafür geschaffen werden, daß für das Kalenderjahr 1922 aus steuerrechtlichen Gründen eine Veränderung der Abzüge bei der Lohnsteuer nicht mehr möglich ist. Bezüglich der Lohnsteuer ist in der Regierungsvorlage für 1922 sonst alles beim alten geblieben.

Mit einer Erhöhung der Entschädigung für Schäden und Geschworene und für Vertrauenspersonen erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Die Vergütung für entgangenen Arbeitsverdienst soll für die Stunde mindestens 180 Mark betragen. Das Tagelohn ist auf 400 Mark erhöht worden.

Abschluß der deutsch-tschechischen Verhandlungen.

Die deutsch-tschechischen Verhandlungen in Dresden sind gestern in einem Abkommen und einem Protokoll festgelegt und von dem deutschen Vertreter, Ministerialdirektor Karl von Stockhammer und dem tschechisch-slowakischen Vertreter, Legationsrat Dr. Jbi, unterzeichnet worden. Bei den Beratungen handelte es sich, wie schon gemeldet, in erster Linie um die Schwierigkeiten bei den privaten Versicherungsleistungen. Diese hatten vor dem Umsturz in der österreichisch-ungarischen Monarchie Versicherungsstellen auf österreichische Kronen aufgenommen. Die vollständige Umänderung, die nach dem Umsturz auf dem Währungsgebiet eingetreten war, führte zu Ver-